

## NRW: Starke Region in einem sozialen Europa

### 1. Wir in NRW sind die größte europäische Region

Nordrhein-Westfalen ist mit seinen 18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern die größte Region in Europa; hieraus erwächst eine besondere politische Verantwortung. Die NRWSPD hat in den vergangenen Jahrzehnten eine aktive Politik für Europa und für eine erfolgreiche Vertretung nordrhein-westfälischer Interessen in den europäischen Entscheidungsgremien betrieben.

Die Begleitung des Strukturwandels, die Entwicklung regionalisierter Strukturpolitik und das Leitbild des sozialen Zusammenhalts waren und bleiben Markenzeichen unserer Politik.

Die Globalisierung, die Finanzmarktkrise und der Klimawandel erfordern, dass die Europäische Union weltweit die Funktion des Schrittmachers der sozialen und ökologischen Erneuerung übernimmt. Nur ein sozialstaatliches Europa, in dem das Solidarprinzip gilt und nur ein ökologisch verantwortlich handelndes Europa wird die Herausforderungen bestehen und von den Menschen akzeptiert. Wir wollen, dass sich die Europäische Union und ihre einzelnen Staaten prinzipiell zur nachhaltigen Entwicklung bekennen.

### 2. Wir in NRW wollen die soziale Dimension der EU stärken

Für die NRWSPD ist klar: Die Europäische Union ist keine bloße Wirtschaftsgemeinschaft. Versuche, sie auch im markt-ideologischen Leitbild „Privat vor Staat“ hierauf zu reduzieren, sind gescheitert und politisch untauglich. Wir wollen die europäische Tradition der Sozialstaatlichkeit weiter entwickeln und im Einklang mit wirtschaftlicher Dynamik und ökologischer Verantwortung zur Politik nachhaltiger Entwicklung verknüpfen. Um die EU auch im globalen Maßstab zur attraktivsten Region zu gestalten müssen wir der Erfolgsgeschichte der Wirtschafts- und Währungsunion die einer Sozialunion zur Seite stellen. Die Grundrechtecharta der EU und der Lissabonner Vertrag bieten hierfür eine gute Grundlage. Dies wollen wir mit einer sozialen Fortschrittsklausel quasi als Sozial-TÜV stärken. Jede Entscheidung auf europäischer Ebene werden wir in Hinblick darauf überprüfen, ob sie einen sozialen Fortschritt oder Rückschritt bedeutet. Hiervon wären alle Politikbereiche betroffen, so dass auch die sozialen Auswirkungen z. B. von unregulierten Finanzmärkten diskutiert werden müssten.

Ganz praktisch geht es in der nächsten Legislaturperiode des Europäischen Parlaments bei der Verankerung und Stärkung der sozialen Dimension auch um konkrete Gesetzesvorhaben, Richtlinien und Verordnungen, die Auswirkungen auf die sozialen Belange der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben. Es geht dabei um neue, wie auch zu novellierende Rechtsakte. Genannt seien hier Vorschläge zur Regulierung der Finanzmärkte, aber auch zum Vergaberecht, die Entsenderichtlinie, die Richtlinie zur Patientenmobilität, die Antidiskriminierungsrichtlinie und generell Fragen der Daseinsvorsorge. Möglicherweise wird die zurzeit in den Verhandlungen zwischen Parlament und Rat stehende Arbeitszeitrichtlinie auch in der kommenden Legislaturperiode noch Gegenstand von solchen Entscheidungsprozessen sein. Die unlängst verabschiedete Betriebsräterichtlinie werden wir begleiten und wo möglich

für weitere Verbesserungen zu sorgen. Wo Mitbestimmungsfragen eine Rolle spielen wie z.B. bei der geplanten Sitzverlagerungsrichtlinie werden wir besonders Acht geben.

Wir wollen einen sozialen Stabilitätspakt, mit dem sich alle Mitgliedstaaten der EU zu gemeinsamen Zielen und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben bekennen. Europa muss auch bei der Bildung und Ausbildung all seine Potentiale nutzen und auch die Talente und Begabungen bislang bildungsferner Bevölkerungskreise fördern. In Deutschland heißt dies konkret, Kinder mit Migrationshintergrund besonders stark zu fördern und die soziale Benachteiligung durch das Schulsystem zu überwinden. Wir wollen ein Europa in dem alle Menschen einen chancengleichen Zugang zur Bildung haben.

Unser Europa muss Armut in ihren vielen Facetten überwinden und soziale Sicherheit für alle bieten. Armutslöhne müssen durch garantierte flächendeckende Mindestlöhne verhindert werden. Arbeitslosigkeit muss auch mit einem Recht auf Qualifizierung begegnet werden und Altersarmut mit dem Recht auf soziale Grundsicherung für alle verhindert werden.

### 3. Wir in NRW bekennen uns zum Leitbild der Sozialen Stadt in Europa

Unsere Städte mit ihren Formen des sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und bürgerschaftlichen Zusammenlebens sind Bestandteil europäischer Tradition und Geschichte. Auch für die Zukunft gibt es dafür das Leitbild der „Sozialen Stadt“. Unsere guten Erfahrungen einer bürgerorientierten Kommunal- und Landespolitik wollen wir daher in den Prozess europäischer Politik einbringen. Das Leitbild der „Sozialen Stadt“ muss stärker als bislang Bestandteil europäischer Programme und Richtlinien werden.

Die Menschen erwarten ein breites Spektrum an Leistungen der Daseinsvorsorge von hoher Qualität und zu erschwinglichen Preisen. In NRW und in Deutschland werden diese Leistungen seit langem von Kommunen, anderen Gebietskörperschaften und Wohlfahrtsverbänden angeboten: Sparkassen, Abfallwirtschaft, ÖPNV, Energie- und Wasserversorgung, soziale Dienstleistung gehören dazu. Ein aktuelles Gutachten für den Verband Kommunaler Unternehmen zeigt, dass die von Schwarz-Gelb in NRW zu verantwortende Einschränkung wirtschaftlicher Betätigung der Kommunen nicht mit dem Europarecht vereinbar ist. Wir erwarten die Einhaltung des Europarechtes im Interesse der Kommunen.

Das europäische Wettbewerbsrecht muss auch zukünftig garantieren, dass gemeinwohlorientierte Dienstleistungen für alle zugänglich und flächendeckend erbracht werden. Erreichte Qualitätsstandards dürfen nicht durch Sozial- und Umweltdumping unterlaufen werden.

Die Umsetzung der Dienstleistungs-Richtlinie in Nordrhein-Westfalen muss unbürokratisch und effektiv so erfolgen, dass heimische Anbieter ihre Chancen auch im Wettbewerb mit europäischer Konkurrenz wahren können.

### 4. Wir in NRW wollen eine ökologische Industriepolitik in Europa

Nordrhein-Westfalen ist die Industrie- und Energie-Region in Europa. Wir brauchen daher auch in Zukunft verlässliche europäische Rahmenbedingungen, um Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen und somit Wohlstand und sozialen Frieden zu sichern.

Unsere Erfahrung zeigt, dass Landes-, Bundes- und Europapolitik dies durch zielgerichtete und ausgleichende, regionalisierte Strukturpolitik positiv fördern kann. Wir fordern von einer solchen Förderpolitik eine stärkere Berücksichtigung langfristiger Struktur- und Arbeitsmarkt-Effekte. Gerade weil wir wissen, dass die Nokia-Verlagerung nicht mit europäischen Mitteln gefördert wurde, wollen wir auch künftig ausschließen, dass vergleichbare Standortverlagerungen gefördert werden. Unsere Förderpolitik muss Stärken stärken, hat aber ebenso eine ausgleichende Funktion zwischen unterschiedlich wirtschafts- und strukturstarken Regionen. Wir halten daher eine Fortsetzung der Kohäsionspolitik auch über 2013 hinaus für unabdingbar. Sie ist für den sozialen Zusammenhalt und das neue politische Ziel der EU, des territorialen Zusammenhalts unverzichtbar. Strukturfonds und ggf. neue Instrumente müssen, im Sinne gleicher Chancen auf Lebensqualität, Förderung beim Zugang zu elementarer Infrastruktur, Bildung und grundlegenden Dienstleistungen ermöglichen.

Aktuell fordern wir eine Gemeinschaftsinitiative zur Stärkung der industriellen Kerne in Europa. In ihren Anfängen war die EU als Montanunion eine Institution zur internationalen Gestaltung des Strukturwandels der Schwerindustrie. Heute muss die Europäische Union die Krise als Herausforderung meistern und als Chance nutzen. Die Herausforderung besteht insbesondere darin, keine neuen protektionistischen Grenzen zu ziehen und in der Wirtschafts- und Finanzpolitik keiner Renaissance des Nationalen zu frönen. Europäisch, nicht national, müssen die Weichen für eine gute Zukunft der Automobilindustrie aber auch aller anderen Schlüsselindustrien (Chemie, Energie, Stahl, Kohle etc.) gestellt werden. Ein starkes Europa muss Industriestandort mit dynamischer Dienstleistung und dem Bekenntnis zur Spitzenleistung bei Forschung und Entwicklung bleiben. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für eine sozial-, ökologisch und auf Innovation ausgerichtete gemeinsame Europäische Industriepolitik.

Chancen bestehen für die EU darin, den Klimawandel als Fortschrittsmotor zu begreifen. Eine ökologisch angepasste Innovationsstrategie ist nicht nur umweltpolitisch zwingend, sondern auch wirtschaftspolitisch geboten. Nur wenn die EU bei der Zielsetzung Klimaschutz Vorreiter ist, kann sie ihr Wissen und Können vorbildlich und auf Dauer erfolgreich in der Welt vermarkten. Die Zukunftsmärkte folgen dem Leitbild der Nachhaltigkeit. Hier müssen wir nicht nur auf europäischer sondern auch auf nationaler und regionaler Ebene unsere überlegene Wettbewerbsfähigkeit beweisen.

##### 5. Für eine neue europäische und internationale Finanzmarktarchitektur

Die internationale Finanzmarktkrise ist ein mahnendes Beispiel für den Schaden, der für das Gemeinwohl entsteht, wenn Märkte unreguliert sich selbst überlassen bleiben. Die Marktideologie von Konservativen und Liberalen ist damit endgültig gescheitert. Wir wollen eine neue europäische und internationale Finanzmarktarchitektur mit klaren politischen Verkehrsregeln durchsetzen. Fast 17 Millionen Menschen sind derzeit auf der Suche nach Arbeit und es werden täglich mehr. Vor diesem Hintergrund wird die Reduzierung der Arbeitslosenquote zu einer der zentralen Aufgaben der Europäischen Union. Unser zentrales Problem hierbei liegt darin, dass das Wachstum (und damit das Schaffen neuer Arbeitsplätze) nach 2001 fast nie mehr als zwei Prozent betrug. Wir müssen daher zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mehr Verbindungen zwischen den nationalen und europäischen Institutionen der Wirtschafts- und Finanzpolitik herstellen, um mehr

Wachstum zu erreichen. Der derzeitige Aufbau der Institutionen der Europäischen Union erlaubt keine optimale Geld-, Steuer und Lohnpolitik und die Haushaltspolitik liefert defizitäre Ergebnisse. Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen bedürfen aber wirksamer Instrumente innerhalb Europas und ein verbessertes Zusammenspiel der einzelnen Akteure.

In der Eurozone brauchen wir eine Stärkung der wirtschafts- und finanzpolitischen Steuerung. Sie muss neben der Europäischen Zentralbank mit ihren unmittelbaren geldpolitischen Steuerungsinstrumenten Wirkung entfalten. Dies gelingt durch eine einheitliche Wirtschaftsstrategie und abgestimmte Haushaltspolitik, die flexibler auf aktuelle Entwicklungen der Nachfrage reagiert.

Wir wollen die Banken- und Finanzmarktaufsicht europäisch und international weiter stärken. Der Internationale Währungsfonds (IWF) muss dabei zur zentralen Kontroll- und Koordinationsinstanz für die internationale Finanzwirtschaft gemacht werden. Risikomanagement und Eigenkapitalvorsorge von Banken sind zu präzisieren. Wir wollen, dass Risiken zukünftig eindeutig in den Bilanzen der Finanzinstitute ausgewiesen werden müssen. Bei der Weitergabe von Kreditrisiken fordern wir, dass Finanzinstitute 20 Prozent des Risikos selber weiter tragen.

Wir wollen eine stärkere Aufsicht und Kontrolle hochspekulativer Finanzprodukte. Schädliche Leerverkäufe müssen europäisch und international verboten werden. Die Bedeutung von Ratingagenturen muss herabgesetzt werden, und eine Regulierung muss auch hier greifen. Hedge-Fonds und Private-Equity-Fonds müssen stärker reguliert, Steueroasen trockengelegt werden.

Wir setzen uns für regulierte Vergütungssysteme von Managern ein, die sich am langfristigen Erfolg des Unternehmens orientieren.

Das bewährte deutsche Bankensystem mit Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Sparkassen sowie Genossenschaftsbanken wollen wir erhalten.

6. Wir in NRW: Bei der Europawahl das Demokratische und Soziale stärken!

Die Europawahl am 7. Juni ist gerade für die SPD eine besondere Herausforderung. Wie keine andere deutsche Partei stehen wir in der Tradition einer politischen, europäischen Union des Friedens und sozialen Fortschritts. Wir fühlen uns besonders verpflichtet, Menschen bei der Europawahl zur Stimmabgabe zu motivieren. Die Europäische Union kann nur dann Vorbild für andere Teile der Welt sein, wenn sie von den Menschen selbst getragen, akzeptiert und mitgestaltet wird. Die Stunde der Krise muss auch die Stunde der Solidarität der Mitgliedstaaten untereinander sein. Fairer Wettbewerb untereinander muss gefördert, Sozial- und Umweltdumping verhindert werden. Steueroasen müssen in Europa konsequent ausgetrocknet werden. Eine handlungsfähige Staatengemeinschaft kann die Europäische Union nur dann sein, wenn sich alle Mitgliedsstaaten zum Leitbild des handlungsfähigen und solide wie gerecht finanzierten Staates bekennen. Wir wollen, dass der erfahrene Europapolitiker, Martin Schulz, der nächste deutsche EU-Kommissar wird. Er ist wie kein anderer potentieller Kandidat Garant dafür, dass die Europäische Union für alle Menschen eine verlässliche soziale Dimension gewinnt.